

AfD gegen Bargeldabschaffung: Nur Bares ist Wahres

Eine Umfrage des Meinungsforschungsinstitut Forsa ergab, dass fast zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten keinen bargeldlosen Alltag wie in Schweden wünschen und sich gegen die Bargeldabschaffung aussprechen

André Barth, parlamentarischer Geschäftsführer, haushalts- und finanzpolitischer Sprecher, kommentiert:

„Die Abschaffung des Bargeldes, wie von einigen in der Politik und Wirtschaft angestrebt, wäre ein massiver Eingriff in die Privatsphäre und die totale Kontrolle über den Bürger. So angenehm das Zahlen mit Karte sein mag, es muss jedem bewusst sein, dass diese Daten gesammelt und ausgewertet werden. Wer diese Macht hat, entscheidet über die Existenz des Individuums. Diese perfide Finanzkontrolle darf es nicht geben. Kontrolle bedeuten immer Einschränkung der Freiheit und der Verzicht auf Anonymität.

Neben der Funktion als Zahlungsmittel ist Geld auch Wertaufbewahrungsmittel und Wertübertragungsmittel. Wenn es jedoch kein Bargeld mehr gibt und Zinsen von Zentralbanken willkürlich festgelegt werden, kommt es zu einer Enteignung ihres Geldvermögens, der sich die Bürger nicht entziehen können. Bestes Beispiel sind die aktuellen Minizinsen, die jeden sparsamen Deutschen bestrafen. Ist das Bargeld abgeschafft, können die Banken ungehindert Negativzinsen fordern und somit den Deutschen schleichend enteignen.

Die AfD-Fraktion wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass es Bargeld in Deutschland gibt.“